

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag,- Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2015-214-16-Puk4
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Dienstleistungsauftrag
3. a) **Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung:** Grafische und strukturelle Neugestaltung des Internetauftritts www.bundestag.de Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur grafischen und strukturellen Überarbeitung der Website www.bundestag.de gemäß der Leistungsbeschreibung. Das Konzept muss sowohl das Layout als auch die (Navigations-)Struktur des Auftritts berücksichtigen. Optionaler Bestandteil der Leistung ist die erneute Überarbeitung des Layouts.
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Ausführungsort:** Berlin
- e) **Bestimmungen über die Ausführungsfrist:** Beginn: ..
Ende: ..
- Bemerkung zur Ausführungsfrist: Sofort nach Zuschlagserteilung.
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 20.08.2015 00:00:00
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 20.08.2015 12:00:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine

- 7. Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
- 8. Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
- 9. Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
 - b) k.A.
 - c) k.A.
 - d)
 - Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
 - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer.
 - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
 - Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Grafische und strukturelle Neukonzeption einer Website aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur oder Gesellschaft) in den letzten drei Jahren, die vergleichbar im Hinblick auf die Komplexität der Website sind. Bei den Referenzen muss das Auftragsvolumen in Euro (netto) mindestens 60% der eigenen Angebotssumme netto betragen. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Sollten die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben werden, so werden die ersten drei gewertet, es sei denn, es erfolgt im Angebotsvordruck eine konkrete Benennung der zu berücksichtigenden drei Referenzen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
 - Eigenerklärung über die Anzahl der beim Bieter in den letzten drei Jahren beschäftigten Arbeitskräfte (Punkt 3.7 des Angebotsvordrucks). Davon müssen mindestens 5 Mitarbeiter im auftragsrelevanten Bereich beschäftigt sein.
 - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
 - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
 - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.
 - Mit der Angebotsabgabe ist ein vollständiges, ausführliches und verständliches Konzept zu allen Punkten des beigefügten Bewertungsschemas vorzulegen. Anhand des Konzeptes

soll ausführlich dargelegt werden, wie die Leistungen für den Deutschen Bundestag erbracht werden sollen. Die Gliederung sollte sich nach den Punkten des Bewertungsschemas richten.

- Die Layoutentwürfe zu dem entworfenen Konzept (Bilddateien auf einem Datenträger, beispielsweise .jpg, .png, .gif) sind auf einem Datenträger mit dem Angebot einzureichen (Ziffer 5.1. der Leistungsbeschreibung).

- 10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 30.09.2015
- Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.
- 11. Zuschlagskriterien:** siehe Vergabeunterlagen
- 12. Nebenangebote/Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen
- 13. Sonstige Angaben:** Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 13.08.2015 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.
- Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabepattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden.
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.